

Verkehrsminister will Staus verringern –
Umweltorganisationen sehen gewaltige Klimafolgen

Wissing plant rasanten Autobahnausbau

VON FRANK-THOMAS WENZEL (RND)

Frankfurt/Main. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) will mindestens 30 Milliarden Euro für die Verbreiterung von Autobahnen auf sechs, acht und zehn Spuren sowie für den Ausbau von Knotenpunkten ausgeben. Das geht aus einer Analyse der Umweltorganisation BUND hervor, die dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegt.

Es gehe um 115 Vorhaben zur sogenannten Engpassbeseitigung, die im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlicher Bedarf“ kategorisiert seien – mit einer Streckenlänge von rund 1300 Kilometern. Für diese will der Minister in der Bundesregierung ein „überragendes öffentliches Interesse“ durchsetzen. Das würde beschleunigte Genehmigungsverfahren bringen, bei denen unter anderem Güterabwägungen und Prüfungen von natur- und klimafreundlichen Alternativen wegfallen.

„80 Schutzgebiete zerstört“

Ende Januar hatte der Koalitionsausschuss der Ampel getagt und über den Vorstoß des Verkehrsministeriums verhandelt. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Vor allem die Grünen lehnen einen weiteren Autobahnbau ab.

Die Auswertungen des BUND ergeben, dass durch den Ausbau selbst und den nachfolgenden Betrieb jedes Jahr mindestens 410 500 Tonnen CO₂ zusätzlich in die Luft geblasen würden. Hinzu komme der Effekt des sogenannten induzierten Verkehrs: Ein Ausbau von Straßen macht die Nutzung des Pkws und den Gütertransport mittels Lkw attraktiver und erzeugt so noch mehr Verkehr. Ferner

würden Naturräume in Mitleidenschaft gezogen. BUND-Chef Olaf Bandt betont: „Der Autobahnausbau würde über 80 ökologisch wertvolle Naturschutzgebiete zerstören.“ Zugleich würden mit der Engpassbeseitigung aber keine Staus verhindert. Bandt macht zudem darauf aufmerksam, dass die Umsetzung der Vorhaben auch Planungskapazitäten binden würde, die „man dringend für den Erhalt bestehender Brücken oder für Verbesserungen im Schienennetz“ brauche.